



EP-Wahl '09

Wer? Wie? Und

wieso überhaupt



Liebe Leserinnen und Leser,



wenn man als europapolitischer Jugendverband etwas verändern will, muss man früh aufstehen. Die aktuelle Ausgabe des **treffpunkt.europa** blickt deshalb ein Dreivierteljahr in die Zukunft und informiert Euch in einem 14-seitigen Spezial über die im nächsten Juni stattfindenden **Europawahlen**. Professor Klaus Boehnke erklärt, wieso Jugendliche die EP-Wahl langweilig finden und was man dagegen tun könnte. Fünf Parlamentarier der verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament schreiben, was ihren Parteien im kommenden **Wahlkampf** inhaltlich wichtig ist. Und auf den Seiten 16 und 17 lest Ihr außerdem, welche Aktionen JEF-Europa und JEF-Deutschland in den nächsten Monaten planen und welche Forderungen sie an die europäischen Parteifamilien haben.

Im zweiten Teil des Heftes blickt noch-Bundesvorsitzender Jan Schubert auf die zweijährige Amtszeit „seines“ **Bundesvorstandes** zurück. „Unsere Geschäftsstelle und meine Kolleginnen und Kollegen im Bundesvorstand haben so viel gerackert, dass es keine großen Baustellen gibt. Was wir uns auf den Zettel geschrieben haben, haben wir erledigt, schreibt Jan auf den Seiten 18 bis 19.

Die Lokalseiten fallen in dieser Ausgabe etwas kürzer aus als gewohnt – das Sommerloch lässt grüßen. Trotzdem war in den letzten Monaten einiges los. Wir freuen uns über die **Neugründung** unseres vierzehnten Landesverbandes in Sachsen-Anhalt. Wie Juliane Bosse schreibt, wird damit der vorletzte weiße Fleck auf der JEF-Deutschland Landkarte beseitigt. Außerdem lest Ihr unter anderem Berichte über eine neue Ausgabe von „**EUre Debatte**“, von der Slowenienfahrt der JEF-Bayern und dem Portugalbesuch der JEF-Schleswig-Holstein.

In eigener Sache: Diese Ausgabe des „tp“ ist meine letzte – nach neun Heften in den letzten zwei Jahren hänge ich meinen Hut als Chefredakteurin an den Nagel. Die Arbeit an unserem Mitgliedermagazin war nervenaufreibend, ziemlich oft eine Einzelkämpferaufgabe und dabei unglaublich bereichernd. Wie 2006 bei meinem Antritt versprochen, will ich das Wissen, das ich mir in meiner Amtszeit angeeignet habe, bewahren und weitergeben. Mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin wird einen detaillierten Leitfaden zum tp bekommen, damit der Start als Redakteur/in ein Sprung in nicht ganz so kaltes Wasser ist. Mehr dazu beim Bundeskongress!

Viele Grüße nach Europa und bis bald in München

Karen

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe ist der **28. November 2008**, dann mit neuem Redaktionsteam. Egal ob Ihr einen Themenartikel oder einen Bericht schreiben wollt, oder Ideen für externe Beiträge habt: beachtet die Mails über die JEF-Listen. Dann erfahrt Ihr, welchen Themenschwerpunkt das aktuelle Heft hat, wie viel Platz es noch gibt und Ihr bekommt auch ein paar Tipps fürs Schreiben. Für unangefordert eingesandte Artikel gibt es keine Abdruckgarantie.

Inhalt

Schwerpunkt	Für den Schwerpunkt zur EP-Wahl in dieser Ausgabe haben wir Fotos von Wahlszenen aus aller Welt ausgesucht. Die Motive sind aber nur zur Illustration gedacht und stehen in keinem tieferen Zusammenhang mit den Artikeln.	
	Ein garantierter Langweiler für junge EuropäerInnen?	4
	Aufbruch in eine neue Phase der europäischen Integration	6
	Für ein sozial gerechtes Europa	8
	Mehr Vertrauen in eine gemeinsame Zukunft	10
	Die EU-Bürger im Mittelpunkt	12
	Für eine wirklich demokratische EU im Interesse der Menschen	14
	Juni 2009: Die 7. Europawahl steht vor der Tür	16
	Europa wählt – wählt Europa!	17
	Wieso zur Europawahl gehen?	17
Intern	„Jede Minute JEF hat sich gelohnt“	18
Lokal	Offene Grenzen in Europa diskutiert	20
	JEF jetzt auch in Sachsen-Anhalt	20
	Kulinarische Reise durch Europa	21
	Ljubljana live	22
	Würmer und Ziegenzungen zum Abendbrot	23
	Tagen in Barrosos Büro	23

Diese Publikation wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, BMFSFJ.

Impressum

Vierteljahresschrift der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland
Ausgabe 03/2008
Herausgeber: Junge Europäische Föderalisten Deutschland,
Young European Federalists Germany
V.i.S.d.P.: Karen Matzke
Redaktion: Karen Matzke
Layout: Susann Stein
Titelbild und Schwerpunkt-Fotos: www.flickr.com (informatique)
Druck: Fata Morgana, Verlag: Eigenverlag
Redaktionsanschrift: JEF-Deutschland, Sophienstr. 28/29, 10178 Berlin
E-Mail: info@fef.de, Homepage: www.jef.de
Die Redaktion behält sich vor, Artikel zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Europawahl 2009

Ein garantierter Langweiler für junge EuropäerInnen?

Die Europawahlen gehen jungen EuropäerInnen doch wirklich am A... vorbei! Solche und ähnliche drastischen Sprüche kommen einem zu Ohren, wenn von den im nächsten Jahr anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament die Rede ist (was allerdings bisher leider noch nicht sehr häufig der Fall ist).

Stimmt diese Feststellung? Was sagen wissenschaftliche Untersuchungen? Die Antwort lautet, wie so häufig, wenn sich die Sozialwissenschaften eines aktuellen Themas annehmen, ‚ja‘ und ‚nein‘. Systematische wissenschaftliche Untersuchungen zeichnen ein recht komplexes Bild. Eine bereits vor einiger Zeit abgeschlossene Untersuchung zum Thema ‚Jugend und europäische Identität‘ in sechs Ländern (Deutschland, Großbritannien, Österreich, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik), an der der Verfasser mit seinem Team beteiligt war, hat in Repräsentativbefragungen von 18- bis 24-Jährigen in zehn Städten dieser Länder (in Deutschland Bielefeld und Chemnitz) herausgefunden, dass Europa in der Tat kein Thema ist, das für die Identität junger Menschen eine besondere Rolle spielt. Dies gilt aber auch für die eigene Nation, die Region, in der man lebt, und den Geburtsort. Geopolitische Einheiten sind für junge Menschen in der Regel nicht identitätsstiftend. Wichtig sind ihnen Freunde, Familie, der Beruf bzw. die Ausbildung/das Studium.

Wie wirkt sich dies auf Politikinteresse und Wahlbeteiligung aus? Es sind nicht so sehr die abstrakten Beurteilungen der Europäischen Union als Elitenverein und Versammlung von bevölkerungsfernen Bürokraten, die junge Menschen von einem tieferen Interesse für Europa abhalten. Diese oft aufgegriffene Vermutung von politikwissenschaftlicher Seite gilt, wenn überhaupt, wohl eher für Menschen im mittleren und höheren Erwachsenenalter. Für junge Menschen hat Europa zurzeit – und in den alteingesessenen Mitglieds-

staaten der EU schon seit vielen Jahre – keinen emotionalen Wert: Europa gibt es im Kopf, aber nicht im ‚Bauch‘. Aber gerade den ‚Bauch‘ zu erreichen, wäre für eine hohe Beteiligung junger Menschen an den Europawahlen von zentraler Bedeutung. Große Emotion aber ist nur selten zu beobachten: Die Zittauer Feier zur Erweiterung des Schengen-Raums auf die östlichen Nachbarn Deutschlands war hierzulande in den letzten Jahren eines der wenigen Ereignisse mit euphorischen Anklängen.

Wie ist der ‚Bauch‘ besser zu erreichen?

Bezieht man sich noch einmal auf die Ergebnisse der Studie, aus der oben zitiert wurde, so liegt der Schlüssel in einer Verknüpfung des Themas Europa mit dem, was junge Menschen primär bewegt, nämlich Freunde, Familie, Ausbildung und Beruf. Die Schaffung einer transnationalen Zivilgesellschaft, so die wissenschaftliche Benennung dessen, was von Nöten ist, ist ein Schlüssel für emotional erlebtes Europa, so hat ein weiteres Projekt erbracht, an dem der Verfasser und sein Forschungsteam zusammen mit einer Gruppe von der TU Chemnitz arbeitet: Wenn Europa im Zusammenhang mit meinen Freunden, meiner Familie, meiner Ausbildung und meinem Beruf bedeutsam wird, salient, wie die Sozialwissenschaft sagt, dann bekommt es einen emotionalen Wert. Wenn ich Europa zusammen mit Anderen aus anderen Ländern Europas als Teil meines unmittelbaren Lebens erfahre, gewinnt es emotionale Bedeutung für mich.



Warten auf Veränderungen in Großbritannien

An dieser Stelle mögen sich manche Leser vielleicht fragen, ob man eine emotionale ‚Verbandelung‘ mit Europa denn überhaupt wollen soll. Ist es nicht hinreichend und wichtig, eine nationale Identität zu haben, sich irgendwo richtig zuhause zu fühlen? Reicht es deshalb, bezogen auf Wahlen, nicht vielleicht doch aus, sich an nationalen, regionalen und kommunalen Wahlen zu beteiligen? Hier bietet die sozialwissenschaftliche Forschung ausnahmsweise einmal eine klarere Antwort: Identifikation mit der eigenen Nation, aber auch mit der eigenen engeren Heimat, steht einer Identifikation mit Europa in keiner Weise entgegen. Praktisch die gesamte Forschung zu diesem Thema hat in den letzten Jahren erbracht, dass – im Gegenteil – junge Menschen, die sich Europa zugehörig fühlen, auch eine höhere Identifikation mit der eigenen Heimat zeigen. Die verschiedenen Identitäten sind miteinander verknüpft, wie in einem Marmorkuchen. ABER: Nur eine ausgeprägte Identifikation mit Europa fungiert als Schutz gegen Fremdenfeindlichkeit, als Basis für eine weltoffene moderne Gesellschaft, in der ‚das Fremde‘ genauso geachtet und in das öffentliche und private Leben integriert wird, wie ‚das Eigene‘.

Was kann man tun, damit Europa die nötige emotionale Qualität – wieder – gewinnt?

Europa zum Anfassen heißt die beste Lösung: Jugendaustausch, Camps, in Grenzregionen Alltagsgestal-

tung mit Menschen von der anderen Seite der Grenze sind von herausragender Bedeutung. Und bitte nicht nur für Jugendliche, die sowieso offen sind für solche Erfahrungen, sondern als Angebot für alle: Nicht nur Auslandsstudium, selbst organisiert, sondern Austauschmöglichkeiten auch für den jungen Friseur oder die Kfz-Mechanikerin und das in großer Breite, lauten die Zeichen der Zeit.

‚Fühl-bare‘ Europabildung für alle erhöht, so kann man sicher sein, nicht nur die Wahlbeteiligung an Europawahlen, sondern macht uns auch offener für die Anforderung einer sich globalisierenden Welt – ein Befund der dem Verfasser gerade angesichts seines Gastaufenthalts in Singapur* tagtäglich deutlich wird. **JEAF**

Der Autor Klaus Boehnke ist Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der Jacobs University Bremen und nimmt im akademischen Jahr 2008/09 eine Gastprofessur an der National University of Singapore wahr.



Foto: www.flickr.com [grooble]



Foto: www.flickr.com [recovering continues in garycycles2]

Auf den Straßen von Japan und Thailand

Europawahl 2009

Aufbruch in eine neue Phase der europäischen Integration

Weniger als ein Jahr noch, und Millionen Europäer in 27 Mitgliedstaaten sind aufgerufen, in der ersten Juniwoche 2009 an die Wahlurnen zu treten. Dabei kommt der Europawahl 2009 sowohl aus deutscher als auch aus europäischer Sicht besondere Bedeutung zu. In Deutschland wird die Europawahl nur kurz vor der Bundestagswahl stattfinden – und dadurch eine erhöhte parteipolitische Aufmerksamkeit bekommen. Aus europäischer Sicht ist das Jahr 2009 ebenfalls ein besonderes Datum, wird doch erstmals in 27 Mitgliedstaaten gewählt. Zudem sollte 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft treten, der die Europäische Union demokratischer und transparenter macht.

Enorme Herausforderungen

Vor allem aber zeigt sich immer deutlicher die Bedeutung, die die Europäische Union für die Gestaltung unserer Zukunft einnimmt. Ob Georgienkrise, Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten, Klimawandel, Inflation, Terrorismusbekämpfung oder (illegale) Migration: Kein Staat in Europa, auch nicht Deutschland, kann diese Herausforderungen im Alleingang bewältigen. Diese Probleme mit ihren enormen innenpolitischen Auswirkungen können nur auf europäischer Ebene an-

gegangen werden: Innenpolitik wird so fast automatisch zur europäischen Politik. Glaubt man allerdings den neuesten Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat, dann gibt es gerade in Deutschland Vorbehalte gegen die Gestaltungskraft der Europäischen Union. In der jüngsten Eurobarometer Studie stimmten lediglich 41 Prozent der befragten Deutschen der Aussage zu, die EU gebe Schutz vor den Auswirkungen der Globalisierung. Fragt man dagegen, wie den Herausforderungen der Zukunft begegnet werden soll, ist die Antwort eindeutig: 90 Prozent der Befragten in Deutschland geben an, die EU (statt der nationalen Politik) solle bei der Bekämpfung des Terrorismus entscheiden, beim Umweltschutz sind es 85 Prozent, und auch bei der Verteidigung und Außenpolitik, Kriminalitätsbekämpfung, Einwanderung und Inflation liegen diese Werte deutlich über 60 Prozent. Renten, Steuern, Gesundheit und Soziales gehören dagegen nach Ansicht von über 70 Prozent der Befragten in die nationalstaatliche Kompetenz.

Europa ist Teil der Lösung

Betrachtet man also objektiv die Herausforderungen, vor denen Deutschland und Europa in den nächsten

Jahren stehen, und vergleicht diese mit der Stimmung in den Umfragen, dann wird deutlich dass die Europawahlen 2009 auch über die Frage geführt werden, was die Europäische Union für uns in Deutschland bringt, und wie den negativen Auswirkungen der Globalisierung auf europäischer Ebene begegnet werden kann. CSU und CDU als die europapolitische Kraft im deutschen Parteienspektrum werden also herausarbeiten, welche Vorteile in der Mitgliedschaft der Europäischen Union liegen. Dabei gilt es zunächst, den Menschen die Angst vor der Europäischen Union zu nehmen: Europa muss wieder als Teil der Lösung angesehen werden und nicht des Problems.

Die EU kann aber nur dann ein klares Profil als Schutzfaktor in einer unsicheren Welt bekommen, wenn deutlich gemacht wird, wo ihre Grenzen liegen. Eine sich permanent erweiternde Europäische Union würde nach innen immer instabiler. Die Bürger spüren dies genau, daher auch die Skepsis gegenüber einer Aufnahme der Türkei. Klare Grenzen für die EU sind deshalb der natürliche Ausdruck der Gestaltungskraft der Gemeinschaft.

Parlamentarische Mitentscheidung

Zeitgleich mit einer deutlichen Profilbildung nach außen muss sich die Europäische Union nach innen festigen. Das durch den Vertrag von Lissabon vorgegebene Ziel von demokratischeren und transparenteren Entscheidungsmechanismen darf nicht aufgegeben werden. Auf lange Sicht wird es zu einer vollständigen

Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auf alle Politikbereiche der EU keine Alternative geben, denn nur so ist die demokratische Kontrolle durch das Europäische Parlament sichergestellt. Zugleich kann nur so der Anspruch eines Europas der Werte untermauert werden, denn nur wenn Europa selbst Demokratie und Bürgernähe vorlebt, können wir dies auch von anderen fordern.

Die EU als Problemlösungskraft und die EU als demokratische Institution mit einer stärkeren Einbindung aller Bürger: zwischen diesen beiden Elementen wird die Europawahl 2009 geführt werden. 2009 ist nicht irgendein Datum, sondern markiert den Übergang in einen neuen Lebensabschnitt für die Europäische Union. Aufbauend auf ihren Wurzeln als das bedeutendste Friedens- und Wohlstandsprojekt des 20. Jahrhunderts muss und wird die Europäische Union im 21. Jahrhundert den Herausforderungen der Globalisierung begegnen, die selbst große Mitgliedstaaten wie Deutschland alleine nicht mehr meistern können.

JEAF



Der Autor Markus Ferber ist MdEP und Mitglied in der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischen Demokraten (EVP-ED)

Europawahl 2009

Für ein sozial gerechtes Europa

Die Europäische Union ist ein friedenspolitisches Erfolgsprojekt. Nach Jahrhunderten prekärer Machtgleichgewichte und der Katastrophe der beiden Weltkriege ist die Idee, durch regionale Integration Frieden zu stiften, Realität geworden. Gegenwärtig befindet sich die EU jedoch in einer tiefen Vertrauenskrise. Paradoxerweise ist es das Gelingen des innereuropäischen Friedensprojekts, das zu den aktuellen Legitimitätsproblemen der EU beiträgt. Der „Nie-wieder-Krieg“-Impuls hat seine Integrationskraft eingebüßt, der Frieden, die offenen Grenzen, die Freiheit, dort zu studieren, zu arbeiten und zu reisen, wo man will, werden von der jungen Generation als selbstverständlich erlebt. Der Sinn und Zweck der EU entsteht für die jungen Europäerinnen und Europäer nicht länger aus der konfliktreichen Vergangenheit sondern erst als zukunftsgerichtete Notwendigkeit. Was kann und muss die EU leisten bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen in einer globalisierten Welt?

Ökonomischer Fortschritt und soziale Sorgen

Jahrzehntelang stand das europäische Erfolgsmodell dafür, dass jeder ökonomische Fortschritt einen sozialen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger brachte. Doch zu Beginn der 90er Jahre zog der neoliberale Geist mit der konservativen Mehrheit in die EU-Institutionen ein. Anstatt sozialer Stabilität als Zielsetzung bestimmen Deregulierungsstrategien und Profitmehrung die Gestaltung des Binnenmarktes. Während die Wirtschaft auf europäischer Ebene harmonisiert wurde, blieb der Sozialstaat national, jetzt ist die alte Waffengleichheit von Kapital und Arbeit gefährdet. Als Folge wächst die soziale Ungleichheit in ganz Europa,

steigenden Gewinnen stehen sinkende Reallöhne gegenüber. In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger scheint die EU damit zur Handlangerin der neoliberalen Weltwirtschaft zu werden – anstatt ein Instrument zur Bewältigung der Risiken und Herausforderungen der Globalisierung zu sein. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die EU sich nicht nur an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern ihre sozialen Rechte stärkt und aktiv Beschäftigung fördert. Deshalb stellen wir, die europäischen Sozialdemokraten, die Gestaltung des sozialen Europas in den Mittelpunkt unserer Politik.

Wir wollen Wachstum und Beschäftigung sichern. Der europäische Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion sind die Basis, um unsere Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Weltwirtschaft zu erhalten. Doch der Druck der Weltmärkte auf die Sozialstandards wächst, neben den weltweiten Handel mit Kapital und Waren ist die globale Konkurrenz von Dienstleistungen und Arbeit getreten. Auf kurzfristige Gewinne ausgerichtete Anlage- und Unternehmensstrategien insbesondere von Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds und Banken setzen Arbeitsplätze allzu oft leichtfertig aufs Spiel und stehen nachhaltigen Wohlstandsgewinnen entgegen. Wir treten daher für eine stärkere Regulierung und Kontrolle der internationalen Finanzmärkte ein. Um einen ruinösen Standortwettbewerb der EU-Staaten untereinander zu verhindern, fordern wir eine bessere Koordinierung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dazu zählen eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Unternehmenssteuer, gemeinsame Mindeststeuersätze in der Währungsunion sowie eine Besteuerung von europaweit agierenden Kapitalgesellschaften durch die EU.



Ein riesiges Wahlplakat gegenüber des Kremls in Moskau

Eine europäische Sozialunion

Wir wollen ein europäisches Wirtschaftsmodell schaffen, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ein funktionierender Binnenmarkt ist die Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Wirtschaftswachstum kann jedoch nicht Selbstzweck sein, sondern muss zum Wohlstand aller beitragen. Europa braucht eine Sozialunion, die unterschiedliche nationale Traditionen des europäischen Sozialmodells respektiert und zugleich verbindliche Regeln und Mindeststandards schafft. Wir fordern daher den aktiven Ausbau europäischer Arbeitnehmerrechte. Dazu muss die geltende Entsenderichtlinie dahingehend überarbeitet werden, dass national vereinbarte Tarifverträge und Arbeitsstandards weiterhin Gültigkeit haben. Die Rechte des Europäischen Betriebsrats müssen gestärkt werden, um die Einbindung von Arbeitnehmern in Unternehmensentscheidungen sicherzustellen. Wir fordern außerdem einen europäischen Pakt gegen Lohndumping, der gemeinsame Standards für Mindestlöhne in Europa gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Länder festlegt. Eine neue Kommission wird unsere Unterstützung nur dann erhalten, wenn sie sich verbindlich verpflichtet für alle politischen Initiativen eine soziale Folgenabschätzung vorzunehmen.

Europa 2.0

Zeigt die Europäische Union endlich ihr soziales Gesicht, wird sie das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen und die junge Generation für das europäische Projekt wieder begeistern. Denn während die jungen

Europäerinnen und Europäer dem Einigungsprojekt grundsätzlich sehr positiv gegenüber stehen und zwei Drittel die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, ist die Beteiligung an Europawahlen in dieser Gruppe am niedrigsten. Die EU scheint zu weit von den Belangen des Alltagslebens entfernt und kein Gehör für ihre Sorgen und Wünsche zu haben. Partizipationsmöglichkeiten an politischen Prozessen zu schaffen und den Gedankenaustausch mit jungen Europäerinnen und Europäern zu suchen, ist für die europäischen Sozialdemokraten eine Priorität. Denn die 75 Millionen heute 15- und 25 Jährigen werden im zukünftigen Europa leben und die europäische Zukunft gestalten. Durch das Internet und die neuen sozialen Netzwerke entstehen spannende, bislang ungekannte Formen des Bürgerengagements, der Mobilisierung und der Information, die echte Interaktivität und den Dialog gerade mit den jungen Bürgerinnen und Bürgern erlauben. Immer mehr Menschen nutzen unseren YouTube Channel und Podcasts, lesen unsere Blogs und posten Nachrichten in unseren Foren oder werden Freunde unserer Abgeordneten auf Facebook. Wir laden Sie ein, mit uns dort darüber zu diskutieren, wie aus Europa ein sozialpolitisches Erfolgsprojekt werden kann. **JEUF**



Der Autor Martin Schulz ist MdEP und Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas



Wahlplakat aus Peru

Europawahl 2009

Mehr Vertrauen in eine gemeinsame Zukunft

Die politische Integration der EU gestaltete sich in den Jahren nach 2004 schwieriger als erhofft und erwartet. Das Ende der Verträge für eine Verfassung und der zumindest befristete Absturz des Plan B, des Vertrages von Lissabon, machen die Herausforderungen der nächsten Jahre klar. Wer eine Europäische Union will, die mehr leistet als die Marktintegration, der muss weiter für Reformen kämpfen. EU-Skepsis ist dafür ein falscher Weg. Unsere grüne Europawahl-Kampagne wird ein unmissverständliches Bekenntnis zur Euro-

päischen Union, zu ihrer Geschichte und ihren zukünftigen Möglichkeiten sein. Sie muss aber den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Vertrauen in die gemeinsame Zukunft in dieser Union der Staaten geben.

Herausforderung Energie- und Klimapolitik

In Europa müssen Ökologie, Gerechtigkeit und Ökonomie in besseren Einklang gebracht werden. Der gemeinsame Markt darf nicht zulasten der sozialen Si-

cherheit oder von Umwelt- und Klimaschutz weiterentwickelt werden. Dazu brauchen wir eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik. Einsparung und Effizienz müssen im Mittelpunkt stehen. Mit dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien schaffen wir die große Energiewende und garantieren Versorgungssicherheit, Klimaschutz und erschwingliche Preise. Die erneute Konzentration auf die so genannte saubere Kohle und die Fiktion einer atomaren Renaissance lenken vom notwendigen Strategiewechsel ab. Nur sechs Monate nach den Wahlen zum Europäischen Parlament wird in Kopenhagen die UN-Klimakonferenz stattfinden. Dort wird über die globalen Ziele des Klimaschutzes nach Kyoto entschieden. Will die EU – wie in Bali angekündigt – Einfluss behalten, müssen wir mit unseren neuen Wegen zur Erreichung der notwendigen CO²-Reduktionen überzeugen.

Wir müssen in der Union aber auch die gemeinsamen sozialen Ziele stärker verwirklichen. Die Standortkonkurrenz zwischen Mitgliedstaaten, die über Lohn- und Sozialdumping und Niedrigbesteuerung von Unternehmen ausgetragen wird, muss beendet werden. Und sooft über das Europäische Sozialstaatsmodell geredet wird: Tatsächlich gibt es verschiedene Modelle. Und bis heute ist das Recht auf Bildung, Gesundheit, Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter längst nicht angemessen für jeden Bürger der EU verwirklicht.

Europas Stimme in der Welt

Welchen Platz und welche Rolle die EU in der Welt einnehmen soll, ist eine Frage, die immer wieder beantwortet werden muss. Europa muss konsequent seinen multilateralen Ansatz weiterverfolgen und in und mit der UNO für den Vorrang ziviler Konfliktprävention streiten. Die EU muss Demokratie- und Menschenrechtsverletzungen in China und in Russland konsequent kritisieren, aber mit dem Ziel der Verbesserung einer globalen Zusammenarbeit. Und ganz konsequent muss die EU sich einer Neuvermessung der Welt in Einflusszonen von Großmächten verweigern. Der Krieg in Georgien hat die fehlende Gemeinsamkeit der EU, wenn es um die Länder im Osten und um Russland geht, hart ins Bewusstsein gebracht. Das Angebot der NATO-Mitgliedschaft für Georgien oder die Ukraine bringt eher Instabilität als Sicherheit. Wir Grünen sehen keine schnelle EU-Integration der Länder im Osten. Aber wir wollen, dass diesen Ländern der Weg zur Privilegierten Partnerschaft mit einer offenen Option auf Mitgliedschaft als Alternative angeboten wird. Bei aller notwendigen Kritik an der undemokratischen Entwicklung Russlands: Die Fortsetzung des „ringfencings“ durch NATO und Raketenabwehr unterstützen wir nicht.

Gemeinsam diskutieren – gemeinsame Listen wählen

Am letzten Wochenende im August haben wir mit Hunderten von Teilnehmern aus über 40 Ländern die erste Europäische Grüne Sommeruniversität veranstaltet. In Zusammenarbeit mit den deutschen und den polnischen Grünen und der Heinrich-Böll-Stiftung hatte unsere Fraktion vier Tage lang zum Europa-Diskurs nach Frankfurt an der Oder und Stübice eingeladen. Auch dank einer hervorragenden Unterstützung der Viadrina und des Collegium Polonicum kam es zu offenen kontroversen, aber unterm Strich durchweg europäenthusiastischen Debatten. Grüne und Nicht-Grüne, NGOs und interessierte Bürger, Künstler und Politiker aus ganz Europa trafen aufeinander – im Schnitt mit einem Alter von 30 Jahren. Vor der europäisch symbolträchtigen Flusslandschaft an der Oder diskutierten sie tage- und nächtelang das Verbindende, das Trennende und die möglichen Brücken. Neue Ideen gegen Althergebrachtes, europäische Geschichte und ihre Bedeutung für die gemeinsame Zukunft waren der rote Faden auf den Podien, in Arbeitsgruppen, bei Film- und Literaturveranstaltungen. Unser Wunsch aus der Zeit der Vorbereitung des Wahlkampfes hat sich erfüllt: Gesamteuropäische Debattenräume sind möglich. Wir müssen sie schaffen und dürfen nicht zulassen, dass Europa immer wieder hinter der nationalen Politikkulisse verschwindet.

Und auch wenn das wie Zukunftsmusik klingt: Erst mit transnationalen Wahllisten, also Spitzenkandidaten, die europaweit in allen Ländern antreten, wären die europäischen Wahlen echte Europawahlen. Für nächstes Jahr müssen wir den Wählern aber auch etwas ganz grundlegendes über die Arbeit am europäischen Projekt vermitteln. Auch in Brüssel gibt es große Unterschiede zwischen den Zielen der Abgeordneten aus den unterschiedlichen Parteien. Ich bin eine überzeugte Europäerin und gegen jede Relativierung der historischen Erfolge der Europäischen Integration. Es bringt uns aber auch nicht weiter, wenn wir Europa glorifizieren. Wir Grünen machen Politik für die Durchsetzung unserer grünen Vorstellungen, Weltbilder und Zukunftsideen. Eine Wende zum ökologisch-sozialen Europa gibt es nur mit uns. **JEUF**



Die Autorin Rebecca Harms ist MdEP und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE GRÜNEN/EFA

Europawahl 2009

Die EU-Bürger im Mittelpunkt

Nachdem die FDP zehn Jahre lang nicht im Europäischen Parlament vertreten war, sind wir 2004 mit sieben Abgeordneten ins Parlament eingezogen. Nach dem bisherigen Erfolg unserer Arbeit und einem Seitenblick auf die Wahlprognosen in Deutschland sind wir selbstbewusst genug, dass wir diese Zahl im Juni 2009 noch ausbauen wollen.

Liberaler in Kommission und Parlament

Inhaltlich setzen wir darauf, dass die Wähler eine liberale Linie in Europa stärken wollen, die in den letzten Jahren so stark wie selten zuvor war: Von den 27 EU-Kommissaren kommen derzeit zehn aus liberalen Parteien ihrer Heimatländer, darunter Kommissar(innen) in so wichtigen Positionen wie Neelie Kroes als Hüterin der europäischen Wettbewerbspolitik oder Mariann Fischer-Boel, die den riesigen Bereich der EU-Agrarpolitik weiter modernisiert. Und im Europäischen Parlament hat sich die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“, der wir FDP-Abgeordnete angehören, nach der EU-Osterweiterung fast verdoppelt: auf 100 der 785 Europaabgeordneten.

Was also sind unsere liberalen Themen? Wir wollen weniger unsinnige Regulierungen, die das unternehmerische Engagement in Europa behindern. In dem Zusammenhang sollte auch der Job von „Bürokratieinfragesteller Edmund Stoiber eingespart werden, der sich mit seinem Expertenteam in einem Elfenbeinturm verschanzt hat, aus dem einfach zu wenig heraus kommt. Unser Menschenbild ist der mündige Bürger, den wir beim Einfordern seiner Freiheitsrechte, etwa im Datenschutz, genauso unterstützen wie bei seinen Rechten als Verbraucher. Unterstützen – und nicht bevormunden, wie es im gesamten linken Spektrum des Europaparlaments immer wieder passiert wird.

Lissabonvertrag und Bürgerbeteiligung

Und: Wir wollen den Bürger stärker an der Politik beteiligen. Bei der Frage, wie der Lissabon-Vertrag ratifiziert werden soll, wurde die Chance für einen gemeinsamen europaweiten Volksentscheid vertan, wie ich ihn mit meinen liberalen Kollegen gefordert hatte. Er hätte – europaweit an einem Datum durchgeführt – die

Aufmerksamkeit auf Europa gezogen und nicht auf nationale Stimmungen, wie sie bei Europawahlen aber auch bei einzelnen Referenden, wie dem ‚Nein‘ der Iren, von übergroßer Bedeutung sind. Inhaltlich ist der Lissabon-Vertrag eine Verbesserung der vertraglichen Grundlage für die Zusammenarbeit in Europa. Aber wenn er letztlich in Kraft tritt, kann er nur ein Übergangsdokument sein, denn zu viele demokratische Defizite bleiben in der EU bestehen.

Aus liberaler Sicht war es aber ein Erfolg, dass es eine neue Regelung in den Vertrag geschafft hat, die der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene den Weg weist: Wenn eine Million Bürger aus verschiedenen Mitgliedstaaten sich dafür aussprechen, können sie direkt die Kommission auffordern, eine Gesetzesinitiative zu einem von ihnen vorgebrachten EU-Thema einzuleiten.

Ein Sitz des Parlamentes

Als erstes könnte davon die Initiative *oneseat.eu* profitieren, die mittlerweile im Internet von über 1,2 Millionen Bürgern unterstützt wurde, mit einem Anliegen, das keine deutsche Partei so eindeutig vertritt wie die FDP. „Oneseat“ setzt sich dafür ein, dass das Europäische Parlament selber bestimmen kann, wo es seinen Sitz hat. Derzeit ist in den Europäischen Verträgen festgeschrieben, dass dies die Staats- und Regierungschefs der EU zu entscheiden haben – und zwar einstimmig. Der deutliche Trend bei den Abgeordneten geht weg vom offiziellen Sitz im Erinnerungsort deutsch-französischer Versöhnung Straßburg hin zum Arbeitssitz in die EU-Hauptstadt Brüssel, wo wir alle schon heute den Großteil unserer politischen Arbeit verrichten. Den ganzen Betrieb in Brüssel zu haben, würde 200 Millionen Euro pro Jahr einsparen, die der Umzugszirkus für die 12 mal 4 Tage in Straßburg kostet. Besonders viele junge Wähler ärgern sich mit uns über diese unsinnige Lösung und über das Besitzstandswahren der Franzosen.

In diesen letzten beiden Bereichen haben wir übrigens eine große Übereinstimmung mit den Grünen – nur mit dem Unterschied, dass die Euro-Grünen mit 43 nicht einmal halb so viel Abgeordnete in die Waagschale werfen können wie die Liberalen.



Am Wahltag in Brasilien

Brückenschlag von Brüssel nach Deutschland

Aber unsere größte Aufgabe liegt letztlich nicht zwischen Brüssel und Straßburg sondern zwischen Brüssel und „zu Hause in Deutschland“, denn an diesem Brückenschlag hapert es fast überall. Deshalb unterstütze ich auch Initiativen wie „Jugend denkt Europa“, bei der ich 2008 eine Patenschaft für das Projekt in drei baden-württembergischen Schulen aus übernommen habe. Dabei wird mit Simulationsspielen Europapolitik praxisnah in die Schule gebracht. Ich setze mich dafür ein, dass die Ergebnisse unserer Politik für jeden verständlich sein müssen – und dass sie erkennen können, wo Entscheidungen „aus Europa“ bei ihnen in der Stadt oder auf dem Dorf wirken. Diese Vermittlung können wir Politiker nicht ohne die Medien schaffen, aber wir müssen sie dabei aktiv unterstützen. Bei meiner eigenen Interviewsendung „Silvanas Europa“ etwa ermuntere ich meine Gäste immer wieder, ihre Brüsseler Arbeit so zu schildern, „dass es Ihre Oma verstehen würde“.

Bei den kommenden Europawahlen wird es sich nicht vermeiden lassen, dass innenpolitische Themen eine Rolle spielen. Ich sehe das als Chance, denn die Trennung europäische/deutsche Politik ist ohnehin von gestern. Ein Großteil der deutschen Innenpolitik fußt auf europäischen Initiativen. Eine stärkere Kooperation der politischen Ebenen auch in den Parteien kann daher für die Europäer eine gute Möglichkeit sein, die Relevanz und die Wahrnehmung der EU-Aktivitäten zu steigern. Als FDP jedenfalls werden wir eine Wahlkampagne aus einem Guss machen. **JE**



Die Autorin Dr. Silvana Koch-Mehrin ist MdEP und 1. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)



Foto: www.flickr.com [foxtwo]

Wahlkampf in Bolivien

Europawahl 2009

Für eine wirklich demokratische EU im Interesse der Menschen!

Bei der Europawahl am 7. Juni 2009 wird es nicht unwesentlich darum gehen, wie die EU in der nächsten Zeit politisch ausgerichtet werden wird. Die diversen Parteien bieten dafür inzwischen tatsächlich unterschiedliche Modelle an. Leider sind die Strukturen der EU nicht so, dass die Hauptverantwortlichen der EU, die EU-Kommission und der EU-Rat durch die Wähler/innen bei der Europawahl gewählt würden. Die Aktion der (indirekten) Wahl eines Kommissars trifft da den Punkt nicht ganz, weil nur die jeweiligen Regierungsparteien die Chance haben, tatsächlich sich bei der Ernennung des deutschen Kommissars durchzusetzen.

Europäischer vs. nationaler Wahlkampf

Der Europawahlkampf wird zwangsläufig geprägt sein von den wichtigsten Themen, die dann auf der Agenda der deutschen Politik stehen. Dies wird auch der Fall sein, weil nach derzeitigen Planungen nach der Euro-

pawahl im Juni im September die Bundestagswahl folgt und insofern es eine Art Probekräftemessen werden wird. Die einzige Chance, die diejenigen haben, die an den tatsächlichen europapolitischen Fragen interessiert sind, wird sein, diese mit den wichtigsten Themen auf der deutschen Politikagenda zu verbinden. Für jüngere Menschen ist die Europäische Union als gemeinsam erlebter Raum selbstverständlicher als für Ältere. Doch ist es mit Appellen „für Europa“ nicht getan. Die EU-Politik muss auch mehr auf die Menschen ausgerichtet sein. Dies ist offensichtlich in verschiedenen Bereichen nicht der Fall.

Sehr wichtig in der Auseinandersetzung im Europawahlkampf wird sein, welche Politik im Sozialbereich innerhalb der EU gemacht werden soll. Die beschlossene Dienstleistungsrichtlinie wie die geplante Gesundheitsrichtlinie sind hier Beispiele, wie soziale Mindeststandards einer Orientierung auf Binnenmarkt

und extremer Marktwirtschaft geopfert wurden und werden. Das Sozialmodell Europäische Union ist mehr und mehr Makulatur. Hier will DIE LINKE klar gegensteuern. Der Europäische Gerichtshof hat auf Grundlage eines extrem marktwirtschaftlichen, also neoliberalen, Ansatzes in den letzten Monaten eine Reihe von Urteilen gefällt (Laval, Viking-Line, Ruffert, Luxemburg), die unmittelbar die sozialen Interessen der betroffenen Menschen berühren. Dass in all diesen Fällen die Wirtschaftsinteressen vor die sozialen Bedürfnissen gestellt wurden, hat zweifellos auch die Entfremdung von der EU befördert.

Migration und Rolle der EU in der Welt

Die unmenschliche Migrationspolitik der EU und der EU-Mitgliedsstaaten, die brutale Abschottung gegenüber Flüchtlingen wird ein wichtiges Thema sein, das DIE LINKE im Europawahlkampf ansprechen wird. Innerhalb der der EU-Institutionen wird gerne über Menschenrechte geredet, Menschenrechte müssen auch endlich in allen Bereichen der EU-Politik umgesetzt und auch für die EU selbst angewandt werden. In diesem Themenbereich, das zeigen Umfragen, sind jüngere Menschen sehr viel aufgeschlossener als ältere. Die Rolle der EU in der Welt wird im Wahlkampf der LINKEN eine wichtige Rolle spielen. Soll die EU tatsächlich ein weiterer auch militärisch basierter Global Player werden? Ist die Herausbildung weiterer militärischer und rüstungsindustrieller Strukturen der EU sinnvoll? DIE LINKE meint, dass die EU wieder ein ziviler Akteur werden sollte und eine Militarisierung der EU falsch ist. Die EU hat derzeit noch als ziviler Akteur einen guten Ruf, eine militärische EU mit Solidaritätsklausel wie im Lissabonner Vertrag vorgesehen, würde auch die Rolle der EU als möglicher Vermittler zerstören.

Neue Vertragsgrundlage

DIE LINKE wird sicher als eines der Hauptthemen die weitere vertragliche Gestaltung der EU in den Vordergrund stellen. Denn in vorgelegten Lissabonner Vertrag kommen alle zentralen Politikfelder zusammen. Er macht nicht nur Vorschläge für die institutionelle Struktur der EU, sondern legt auch – quasi verfassungsmäßig – Politikinhalt fest. Die Partei DIE LINKE sagt, dass die geplante vertragliche Grundlage der EU, der Lissabonner Vertrag, nicht geeignet ist, um eine EU zu schaffen, die die Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Sicherheit und Frieden sichert. Stattdessen ist eine umfassende Demokratisierung der EU erforderlich. Politische Kontrolle kann in der EU – wenn auch sehr eingeschränkt – nur durch die einzelstaatliche Parlamente und das Europäische Parlament ausgeübt

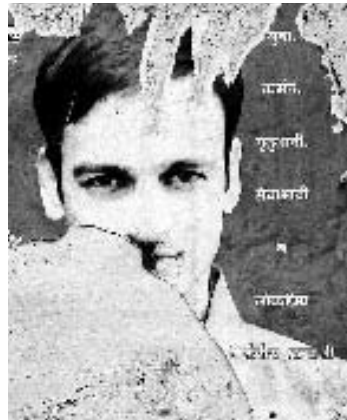
werden. Die Krise der EU nach dem dreifachen Nein in Frankreich, den Niederlanden und Irland ist das Ergebnis einer hartnäckigen Ignoranz der selbst ernannten EU-Eliten gegenüber den Bedürfnissen und Interessen der großen Mehrheit der Menschen in der EU. Die Fortsetzung der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages läuft auf eine schleichende Erpressung der irischen Bevölkerung hinaus, die am Ende vor der Entscheidung stehen würde, diesen Vertrag mit ein paar Sonderregelungen zu akzeptieren oder abgehängt zu werden.

Der Lissabon-Vertrag sollte undemokratisch zu Stande kommen, weil den Bürgerinnen und Bürgern in 26 der 27 Mitgliedsstaaten ein Referendum verweigert wird. Das Ergebnis des Referendums im einzigen Land, in dem überhaupt eine Abstimmung stattfinden durfte, in Irland, soll einfach ignoriert werden. Es ist schon bezeichnend, dass das Europäische Parlament am 20. Februar mit 499 zu 129 den Antrag der Linksfraktion GUE/NGL, das irische Referendum zu respektieren, ablehnte. Ich stimme völlig mit dem ehemaligen Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Burkhard Hirsch, überein, der dazu schrieb: „Sollten die Iren nun mit dem Rauswurf bedroht werden, dann wäre diese Erpressung ein Akt der organisierten Kriminalität. Bei Bundestagswahlen käme auch kein Mensch darauf, eine Wiederholung wegen unpassendem Ergebnis zu fordern.“

Dieses undemokratische Vorgehen würde die Kluft zwischen der politischen EU-Klasse (EU-Kommission, EU-Rat – dort vor allem die einzelstaatlichen Regierungen –, Parlamentsmehrheit) und den Menschen in der EU weiter vertiefen. Nur ein gänzlich neuer Vertrag, der in jedem Land jeweils von den Menschen per Referendum abgestimmt wird, kann die EU vom Kopf auf die Füße stellen und zu einer breiteren Partizipation der Menschen führen. Die Europawahl ist eine Entscheidung, wie mit der Europäischen Union weiter umgegangen werden wird. Wird die EU weiterhin benutzt als Raum, über den über Bande gespielt nationale Politik durchgesetzt wird oder wird endlich wirklich europäische Politik für Frieden und soziale Sicherheit gemacht. **JEP**



Der Autor Tobias Pflüger ist MdEP und Mitglied der Fraktion der KVEL/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke



Wahlszenen aus Iran, Indien, Kuwait, Malaysia, Senegal und Palästina

Fotos: www.flickr.com (v.l.n.r. Shahram Sharif, guy incognito, mink, owaief89, Arriving at the horizon, pharaoh.berger)

JEF-Europa

Juni 2009: Die 7. Europawahl steht vor der Tür

2009 wird erneut ein sehr aktives Jahr für die JEF-Europa und alle JEF-Sektionen, denn im kommenden Juni heißt es wieder Europawahl!

Dieses Ereignis kann keinem entgehen, und die JEF Europa arbeitet schon seit mehreren Monaten am Thema. Insbesondere haben sich zwei Arbeitsgruppen damit befasst: PC1, die das Thema „Für eine föderale Demokratie“ behandelt und die Arbeitsgruppe „Projektentwicklung und Wachstum“. Beide Arbeitsgruppen haben einen Fragebogen an alle Sektionen gesendet, um zu herauszufinden, was von einer JEF-Wahlkampagne erwartet wird.

Die Ergebnisse dieser Umfrage sind sich einig; die Kampagne für die EP-Wahl 2009 der JEF Europa soll folgende Kriterien berücksichtigen:

- einfach zu verstehen,
- interaktiv,
- verschiedene Niveaus einbringen,
- einheitlich für alle JEF-Sektionen,
- mit europaweiten Aktionen.

In der Tat ist die Hintergrundidee dieser Kampagne, dass die JEF den Bürgern und Bürgerinnen Europas die Wichtigkeit der EP Wahl erklären möchte – und das anhand von einfachen und konkreten Themen, die am besten auf der europäischen Ebene behandelt werden sollten, zum Beispiel Umweltschutz, Einwanderung und so weiter.

Ziel der Kampagne ist es, möglichst viele Leute mit diesen einfachen Themen anzusprechen, die Unterstützung von mehreren NGOs und insbesondere von Jugendorganisationen mit diesen Themen zu gewinnen und Druck auf die Mitglieder des neuen Europäischen Parlaments auszuüben, damit diese konkrete Vorschläge machen, um die Kampagnenthemen der JEF Europa zu umzusetzen.

Das Motto der Kampagne steht noch nicht fest, aber die Kampagnenmaterialien werden schon vorbereitet. Es wird auf jeden Fall eine neue dynamische Webseite geben, auf welcher alle Vorschläge und Themen vorgestellt und diskutiert werden können, auch Flyer, Banner und T-Shirts dürften produziert werden. Wichtig ist den JEF-Sektionen, dass erneut europaweite Aktionen durchgeführt werden – nach dem Beispiel der Aktion gegen dem letzten europäischen Diktator in Weißrussland, der „Flag Action“, usw. Natürlich werden auch erneut Treffen zwischen den JEFern, anderen Organisationen und Politikern organisiert, damit diese Ideen vorgestellt und unterstützt werden können. Nächste Etappe für die JEF Europa ist das FC Treffen in Riga Ende Oktober. Nach diesem Meeting wird die Kampagne offiziell eröffnet, komplett mit Motto und Aktionen. Bis dahin sind noch alle Vorschläge willkommen! **JEF**

Text: Jessica Chamba, JEF-EU

Kontakt: jessica.chamba@jef.eu

Europawahl 2009

Europawählt – wählt Europa!

Neben die viel diskutierte Ratifizierung des Lissabonner Vertrages wird im Jahr 2009 ein weiteres zentrales europäisches Thema treten: die Europawahlen, die vom 4. bis 7. Juni in den 27 EU-Staaten stattfinden werden. Während wir allerdings bei der Vertragsreform zuallererst auf den politischen Willen der Staats- und Regierungschefs und einen Stimmungswechsel innerhalb der irischen Bevölkerung angewiesen sind, können wir bei der Europawahl zu einem großen Teil selbst Einfluss nehmen und mitbestimmen. Aus diesem Grund finden schon seit vielen Wochen intensive Diskussionen über die Gestalt und Konzeption der Kampagne statt.

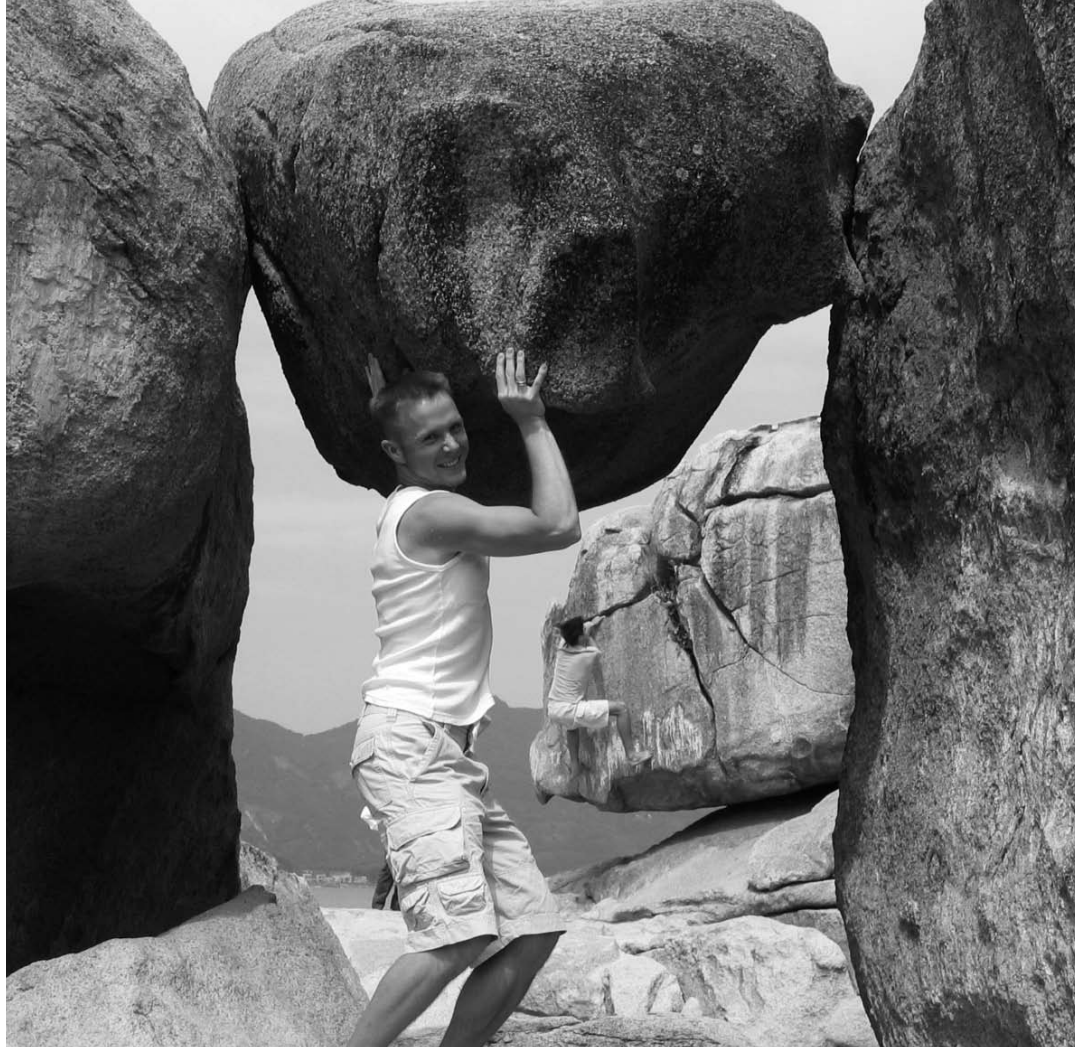
Zentral für die Vorbereitung ist dabei die von Michael Dollinger geleitete AG Europawahl. In enger Abstimmung zwischen Bundesvorstand und Bundesausschuss hat die JEF sich dabei für eine zweistufige Strategie entschieden: Bis zur „heißen Phase“ des Wahlkampfes werden wir uns vor allem auf grundlegende, die Form der Wahl betreffende Fragen konzentrieren. Ein Kernelement bildet dabei unsere Unterstützung der Kampagne „Who is your candidate“, die die europäischen Parteien dazu auffordert, einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu nominieren. Damit greift JEF die Forderung auf, die Europawahlen stärker mit der Wahl der Kommission zu verzahnen – wie in der Vergangenheit bereits gesche-

hen und nun auch vom Lissabonner Vertrag vorgesehen – und sie damit stärker zu personalisieren.

In einer zweiten Phase wird die JEF dann konkrete, inhaltliche Forderungen formulieren und diese an Wähler und Parteien herantragen. Bei ihrem Treffen in Brüssel am 13. und 14. September 2009 wird die JEF diese Forderungen unter anderem mit Vertretern der Parteien diskutieren: jugendspezifische und europarelevante Themen wie beispielsweise Mobilität.

Und nicht zuletzt ist es für die JEF ein Kernanliegen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und vor allem mehr junge Menschen zur Wahl zu bewegen. Auch hierzu wird es eine Kampagne der JEF-Deutschland geben, die den Bogen zwischen Bereitstellung von Hintergrundinformation und Aktivierung insbesondere junger Wähler schlagen wird. Auf dem schon angesprochenen Treffen in Brüssel wird die JEF ihr Konzept weiterentwickeln und mit den Landesverbänden abstimmen. Die deutsche JEF wird dabei nicht nur die Kooperation mit der JEF-Europa suchen, sondern die Unterstützung aller Mitglieder benötigen. Denn nur so können wir einen weiteren Schritt in die Richtung wirklich europäischer Wahlen machen, und unsere Ideen verwirklichen! **JEF**

Text: Yvonne Nasshoven, Pressereferentin JEF-Deutschland



5 Jahre Buvo, 2 Jahre Vorsitzender - Jan hat einiges für die JEF gestemmt

Rückblick

„Jede Minute JEF hat sich gelohnt“

Zum Abschluss seiner Amtszeit traf treffpunkt.europa den Bundesvorsitzenden der JEF-Deutschland, Jan Schubert. In einem kurzen Interview zieht Jan Bilanz über elf Jahre JEF, fünf Jahre Bundesvorstand, und zwei Jahre Bundesvorsitz.

Wie bist Du zu eigentlich zur JEF gekommen?

Die JEF habe ich vor elf Jahren in Schleswig-Holstein kennen gelernt. Richtig aktiv geworden bin ich vor sechs Jahren – als Delegierter Schleswig-Holsteins zum BA. Mich haben das politische Anliegen und die Aktiven der JEF überzeugt. So interessante und politisch wache Leute trifft man selten.

Was ist Deine Schlussfolgerung nach fünf Jahren Bundesvorstand und zwei Jahren Bundesvorsitz?

Da gibt es nicht nur eine. Eine zum Verband: Die JEF lebt und viele leben die JEF. Wir wachsen endlich wieder und wir haben viele neue, junge und motivierte Landesvorstände. Das tut der JEF auf jeden Fall gut. Zu Europa: Europa braucht uns junge Europäer sehr. Viele halten die großen europäischen Projekte für geschaukelt, aber wie das Beispiel Irland zeigt, darf man sich nicht ausruhen.

Etwas persönlicher: Jede Minute der Zeit, die ich in den letzten Jahren mit der JEF und für die JEF verbracht habe, hat sich für mich gelohnt. Entweder weil ich Spaß daran hatte, mit anderen über Europa zu streiten, weil ich erleben konnte, wie man mit begrenzten Ressourcen aber einer großen Portion Überzeugung Dinge bewegen kann oder weil es einfach nur beeindruckend war, mit allen Mitstreitern aus den Landesverbänden

und dem Bundesvorstand zusammenzuarbeiten. Natürlich waren auch die freundschaftlichen und privaten Momente sehr bewegend, aber die gehören nicht zu meinen offiziellen Schlussfolgerungen. :)

Was nimmst Du persönlich aus den fünf Jahren JEF-Arbeit mit?

Ich habe in den Jahren viel lernen können. Viel über die Art und Weise, wie Politik gemacht wird, viel über Menschen, den Umgang mit Arbeit und Druck, das rechte Verhältnis von Arbeit und Freizeit und und und. Ich könnte die Liste beliebig lang fortsetzen.

Die JEF ist sehr arbeitsintensiv – was machst Du eigentlich jetzt mit Deiner vielen Freizeit?

Ich weiß sich auftuende Lücken zu stopfen – aber ich bin hoffentlich gescheit genug, sie nicht alle gleich zu füllen. Ein bisschen mehr Freizeit werde ich gut vertragen, für Freunde, Sport und andere schöne Dinge. Aber der Abschluss meiner Dissertation und eine neue Nebentätigkeit werden mich auch auf der Arbeitsebene ausreichend beanspruchen. Da bin ich sehr sicher.

Bleibst Du der föderalistischen Familie treu?


Ich würde sagen, einmal F, immer F. Im Juli hat mich die Mitgliederversammlung der EBD als jüngstes Mitglied in den Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland gewählt. Ich werde einen Teil meiner Zeit, der bisher in die JEF ging nun hier investieren. Ich bin gespannt darauf, was sich in diesem europäischen Profi-Netzwerk mit so unterschiedlichen Mitgliedern bewirken lässt.

Was hoffst Du, bleibt auch in fünf oder zehn Jahren von Deiner Vorstandszeit?

Eine Organisation einer gewissen Größe ist ein komplexes Ding. Ich hoffe, dass ich zeigen konnte, dass sich die JEF so führen lässt, dass ein großes Maß an Projekten und kreativen Aktionen trotzdem zu einer gefüllten Kasse führen kann und dass das Achten auf die Stabilität des Verbandes nicht zu politischer Starre führen muss, sondern gerade auch zu neuer Dynamik in einem guten Umfeld führen kann. Naja, ansonsten bin ich da eher bescheiden. Fünf Jahre sind für eine 55 Jahre alte Organisation nicht viel. Ich hoffe, dass man sich an ein Team im Bundesvorstand erinnert, dass miteinander und „schnell, wachsam und lustvoll gearbeitet hat.“

Was sind die Left-overs, an denen sich der neue Vorstand versuchen muss?

Unsere Geschäftsstelle und meine Kolleginnen und Kollegen im Bundesvorstand haben so viel gerackert, dass es keine großen Baustellen gibt. Was wir uns auf den Zettel geschrieben haben, haben wir erledigt. Natürlich gibt es Dauerbrenner, die länger als eine Amtsperiode brauchen – das ist z. B. das Thema Positionierung der JEF in der Jugendverbandslandschaft und Mitgliederwachstum. Aber der neue Vorstand wird keine Schlaglöcher füllen müssen, sondern hat freie Hand sich sofort an die neuen Herausforderungen zu machen. Die Diskussion um die Europawahlen und die Aktionen der JEF dazu nehmen schon seit Monaten viel Aufmerksamkeit in Anspruch. Das wird sicherlich das prägende Thema für das erste Amtsjahr. Umso mehr freue ich mich, dass wir noch in dieser Amtszeit viele Gelder für das nächste Haushaltsjahr einwerben konnten, die für die beiden Kampagnensäulen Projekte und Informationen richtig Handlungsspielraum geben. Da juckt es mir eigentlich selbst schon wieder in den Fingern.

Ein persönliches Left-over ist, allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern der letzten Jahre ganz herzlich für die gemeinsame Arbeit und Unterstützung zu danken. Das sind die Mitarbeiter in den Geschäftsstellen in der Sophienstraße, Aktive der Europa-Union, aber natürlich vor allem alle JEFer, international und national, mit denen ich gemeinsame Sache machen durfte. 

Die Fragen stellte Karen Matzke.



Nach Oktober hat er hoffentlich etwas mehr Zeit fürs Segeln



„Eure Debatte“ Hammelburg

Offene Grenzen in Europa diskutiert

„Eure Debatte“ ist ein Projekt der JEF, welches das Jahr vor der Europawahl für bundesweite Jugenddebatten zu europäischen Themen nutzt. Im Vorfeld wurden dafür engagierte Moderatoren didaktisch und methodisch geschult, so auch Stefan Rustler der JE Hammelburg. Vordergründig ist hierbei nicht die Vermittlung einer Europa-Euphorie oder Detailwissen, sondern die Heranführung Jugendlicher an Europa durch die Diskussion von Themen, die von den Jugendlichen selbst gewählt werden und einen engen Bezug zu ihrer Lebenswelt haben.

Solch eine Debatte fand am 11. 7. mit der Klasse 10a des Frobenius-Gymnasiums statt. Nach der Vorstellung des Projekts und der JEF stand ein Quiz über Europa auf der Tagesordnung. Mittels „Brainwalking“ wurden Assoziationen der Schüler zu Europa festgehalten, die anschließend Themengebieten zugeordnet und zur Abstimmung freigegeben wurden. Als Thema wurden Europas geöffnete Binnengrenzen gewählt und daraus die zur Debatte stehende These „Die offenen Grenzen innerhalb Europas verursachen mehr Probleme, als dass sie helfen.“ gebildet.

In Gruppenarbeit wurden unter Betreuung des Moderators und des Geschichtslehrers Herr Scheiner, Pro bzw. Contra-Argumente zur These erarbeitet. Diese wurde dann im Plenum vorgetragen und anschließend debattiert. Als Haupt-Pro-Argumente wurden das erhöhte Konkurrenzdenken der Unternehmen und die Förderung von Korruption an den EU-Grenzen und Kriminalität innerhalb der EU genannt, während die Contra-Gruppe die wirtschaftlichen Vorteile, die hohe Mobilität der Bürger, und die verbesserte Völkerverständigung betonten.

Insgesamt fiel trotz des sehr engen Zeitplans das Feedback der Schüler recht positiv aus und die JE-Hammelburg hofft diese Art von Veranstaltung in Zukunft auch an anderen Schulen der Umgebung durchführen zu können. **JEF**

Text: Sebastian Kleinhenz

Kontakt: www.je-hammel-burg.de



Neugründung

JEF jetzt auch in Sachsen-Anhalt

Welche europapolitischen Aktivitäten ein Praktikumssemester in Brüssel hervorbringen kann, bewiesen am Abend des 5. August 2008 acht Studenten des Studiengangs „Europäisches Verwaltungsmanagement“ der Hochschule Harz in Halberstadt. Mit der Gründungsversammlung auf dem Boden der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU in Brüssel hoben sie den neuen Landesverband JEF Sachsen-Anhalt e.V. aus der Taufe.

Inspiziert durch ein langes Gespräch mit dem Europa-abgeordneten und Mitglied der Europa-Union Rainer Wieland trafen die Sachsen-Anhaltiner die Entscheidung, dass es an der Zeit sei, ihrem Bundesland eine Stimme für die Jungen Europäischen Föderalisten zu geben und den Europagedanken, mit dem sie sich tagtäglich in Brüssel befassten, an junge, aufgeschlossene Leute ihrer Region weiter zu geben. Daraufhin folgten die wochenlangen Vorbereitungen und am Dienstag, den 5. August 2008, war es dann schließlich soweit und die JEF Sachsen-Anhalt konnte samt Vorstand gegründet werden. Für die nächsten zwei Jahre wurde Ronald Stasiak (32) zum Vorsitzenden gewählt und als seine Stellvertreterinnen Katrin Ullrich (21) und Patricia Adolf (23) ernannt. Die Aufgabe der Schatzmeisterin wird Christina Schlender (21) übernehmen, Schriftführerin wird Juliane Bosse (21).

Die Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der JEF-Deutschland, Yvonne Nasshoven, die der Gründungsversammlung in Brüssel beiwohnte, gratulierte den Studenten zu ihrem Engagement und dem Vorhaben, sich in Sachsen-Anhalt für Europa stark zu machen. Im Bundesausschuss der JEF Deutschland, der im Oktober in München zum Anlass des Bundeskongresses zusammenkommt, muss die Gründung des jungen Landesverbandes noch bestätigt werden. Damit wird der vorletzte weiße Fleck auf der JEF-Landkarte in Deutschland beseitigt. Neben Mecklenburg-Vorpommern gehörte Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern, in denen bisher keine JEF vertreten war. **JEF**

Text: Juliane Bosse

Kontakt: JEF-Sachsen-Anhalt@gmx.de



Internationales Fest in Hammelburg

Kulinarische Reise durch Europa

Wenn „Aphrodite“ „Inflagranti“ bei „Sex on the Beach“ erwischt wird, hat das nichts Skandalöses an sich. Es handelt sich um eine Aneinanderreihung hochprozentiger Cocktails. Zu Kosten gab es die verführerischen Mischungen am Samstagabend auf der Hammelburger Museumsinsel.

Die Jungen Europäer vom Kreisverband Hammelburg und die Jugendgruppe der Hammelburger Karnevalsgesellschaft Ha-Ka-Ge hatten zum Treffen der Kulturen auf die umgetaufte „Isle of Europe“ eingeladen. Auf der „Europa-Insel“ sollten sich alle versammeln, die nicht in Urlaub fahren konnten oder wollten oder zu Gast in Hammelburg weilten. Die Cocktails wurden erst zu späterer Stunde gemischt. Nachmittags begann das Fest mit einem bunten Kinderprogramm mit Schminken, Dosenwerfen und Spielen aus dem Kinderspielmobil. Außerdem warteten Russischer Zupfkuchen, Berliner Luft und Wiener Apfelkuchen darauf gekostet zu werden.

Sebastian Kleinhenz, Vorsitzender der JE Hammelburg und stellvertretender Landesvorsitzender der Bayerischen JE, hatte die Idee zum Inselfest. „Im August ist in Hammelburg wenig los“, sagt Sebastian. Gemeinsam mit Kristina Gensler, Mitglied bei den JE und der Ha-Ka-Ge, managte er erstmals das Fest. „Wir Jugendlichen haben alles selbst organisiert, mitgeholfen das Projekt zu realisieren haben die Erwachsenen von der Europa-Union“, erzählt Kristina.

Auf die angekündigte Reise durch Italien, Griechenland und Deutschland ging es mittels landestypischer Getränke und Gerichte. Auf der Speisekarte standen Cotoletta alla Roma mit Gnocchi, Gyros mit Tzatziki und



Pommes sowie Bratwürste und Steaks. Abends sorgte DJ Fly für Partystimmung. Nach und nach füllte sich die Halle auf der „Isle of Europe“ mit Jugendlichen sowie jüngeren und älteren Erwachsenen. Auch „Fremde“ fanden den Weg zum Inselfest. Eine Freundesgruppe junger Erwachsener beispielsweise, die derzeit in Hammelburg zu Gast sind, freute sich, dass hier etwas geboten war. Sie genossen trotz niedriger Temperaturen, die aufkommende Sommer-Party-Stimmung.

Sebastian und Kristina werteten das Fest als Erfolg. „Das Pilotprojekt ist gelungen, obwohl wir viel mehr Besucher erhofft hatten“, resümierten sie. Nächstes Jahr könnte sich der JE-Vorsitzende vorstellen, das Fest mit anderen Landesgruppen der Jungen Europäer zu veranstalten oder die Partnerstadt Turnhout mit ins Boot zu nehmen. **JEF**

Text: Angelika Silberbach

Fotos von links nach rechts unten:

- 1) Spaß für Groß und Klein bot das Fest auf der „Europainsel“.
- 2) Für das Foto wagten die kleinen Besucher ein paar griechische Sirtaki-Tanzschritte mit den Hauptorganisatoren, dem Vorsitzenden der JE Sebastian Kleinhenz (5. von links), Kristina Gensler von der HaKaGe (4. von links) und dem Vorsitzenden der Europa-Union Hans-Dieter Scherpf (3. von links).
- 3) Zu Gast in Hammelburg und erfreut, dass auf der „Isle of Europe“ etwas geboten wurde, war dieser Freundeskreis junger Leute.



Slowenienfahrt der JE Bayern

Ljubljana live

Verschlafen und hinterwäldlerisch wirkt das kleine Land mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern – aber nur auf den ersten Blick! Denn Sloweniens Hauptstadt Ljubljana, eine pulsierende Stadt in der Landesmitte, ist voll von jungen und hippen Leuten. So einige Überraschungen hatten uns die Slowenen zu bieten, nicht nur ihr südländisches Temperament, sondern auch ihre vielseitige Gastfreundschaft und ihre reges Interesse an Europa.

Stadtgeschichte extrem

Ein freudig strahlender Luka entpuppte sich als unser Stadtführer der JEF-Slowenien und nach einer Hochgeschwindigkeits-Stadtführung fanden wir uns im Regierungsbüro für Europäische Angelegenheiten wieder. Marko Bucik, der ehemalige Präsident der slowenischen JEF, gab uns einen Einblick in seine spannende Arbeit im Ministerium während der Ratspräsidentschaft Sloweniens.

Um die Stadt genauer kennen zu lernen, stand am nächsten Tag eine Museumstour und ein schweißtreibender Aufstieg zur Burg von Ljubljana auf dem Plan. Während der Europameisterschaft durfte natürlich auch der Fußball nicht zu kurz kommen. Bestens gerüstet mit Fahnen, Kriegsbemalung und Trillerpfeifen vertraten wir gebührend die deutsche Fangemeinde, zugegeben nicht ganz ohne aufzufallen.

Zagreb im Fußballfieber

Zagreb, „eine Stadt wie jede andere, die auch Hassfurt sein könnte“ (Jürgen, Busfahrer), zeigte sich uns in

strahlendem Sonnenschein. Zuallererst mussten wir jedoch unsere Euros in „Kuna“ umtauschen, da Kroatien noch kein EU-Mitglied ist. Auch in Zagreb, der Hauptstadt Kroatiens, besuchten wir die Vertretung der Europäischen Kommission, besichtigten das Parlament und feuerten mit hunderten rot-weiß karierten Fans in den Landesfarben die kroatische Nationalmannschaft kräftig an.

Piran, igitt ein Seeigel!

Im kleinen Städtchen Piran war beim besten Willen kein schöner weißer Sandstrand aufzufinden. Stattdessen weit und breit nur Betonufer, das steil ins Meer hinab stieg. Den lange ersehnten Sprung ins saubere blauer Meerwasser trauten sich aber längst nicht alle. Denn ein am Ufer wandelnder Seeigel war für einige schon zu viel des Guten.

Im guten Gewissen, dass JEF-Slowenien und JEF-Kroatien in Zukunft ihre gegenseitigen Beziehungen weiter vertiefen wollen, verließen wir die schöne Stadt. Ljubljana hat fast alles, was eine Hauptstadt bieten muss: Mächtige Gebäude, renommierte Museen, eine Universität, Schauspielhäuser, Parks, eine Burg und die wohl feschesten Leute im Osten Europas – und das ganze mit nur knapp 300.000 Einwohnern.

Zum Schluss bleibt noch ein großes Dankeschön an unsere slowenischen und kroatischen Freunde, besonders an Luka, für die schöne Zeit in ihrem Land. **Hvala! JEF**

Text: Thomas Wittmann



Menschenrechtsseminar

Würmer und Ziegenzungen zum Abendbrot

Vom 15. bis 25. Juli trafen sich 40 Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 aus Belgien, Deutschland, Italien, Polen, Spanien, der Slowakei und Südafrika im beschaulichen Ort Czestochowa (Polen), um sich Rund um das Thema Menschenrechte auszutauschen.

Wer mit Menschenrechten staubige Gesetzestexte assoziiert liegt völlig falsch. In Polen gab es u. a. heiße Diskussionen und Streetactions, beispielsweise über das Thema Abtreibung (die im Gastgeberland Polen z. B. gesetzlich nur in Ausnahmefällen erlaubt ist).

Sehr spannend war die Mischung der am Austausch beteiligten Länder, denn es trafen enorm kontrastreiche Meinungen aufeinander. Abends waren die Differenzen vom Tag jedoch schnell vergessen und man feierte gemeinsamen ausgelassen. Na ja, fast immer waren die Unterschiede vergessen, denn als beim „International Evening“ die mitgebrachten Speisen der Südafrikaner präsentiert wurden (getrocknete Würmer und Ziegenzungen), gab es doch den ein oder anderen, der dieser Köstlichkeit die deutsche Schlamm- bowl vorzog.

Während der zehn Seminartage reiste die Gruppe durch Polen und besuchte u. a. neben Czestochowa noch Krakau und Zakopane. Deutscher Organisator der Fahrt war die JEF Sachen, die dieses Seminar zusammen mit fünf anderen staatlichen und nicht staatlichen Organisationen kreiert hat. **JEF**

Text: Sarah Voigt

Foto: Unity, Teilnehmerin aus Südafrika mit getrockneten Würmern

JEF Schleswig- Holstein

Tagen in Barrosos Büro

Das absolute Highlight der „JEF-SH-Besucht-Europa-Fahrt“ nach Portugal vom 5. bis 12. August war der Besuch der EU- Vertretung in Lissabon. Sehr herzlich wurden die norddeutschen JEFer hier empfangen und durften in einem großen Büro mit wunderschönem Blick über Lissabon tagen, welches sich als portugiesisches Büro des Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso, herausstellte. Auch inhaltlich war der Besuch der Kommissionsvertretung ein voller Erfolg, denn Herr Romano, Vorsitzender der Vertretung in Portugal, informierte die elf Teilnehmer der JEF-SH ausführlich über das Land Portugal und seine Sicht auf die EU und beantwortet die zahlreichen Fragen der interessierten Teilnehmer.

Weiterer Höhepunkt der Fahrt war ein internationaler Kochabend im Hostel, in dem die Teilnehmer untergebracht waren, denn hier wurde am Abschlussabend ein echtes deutsches Abendessen gezaubert, als Dankeschön für die netten Herren der JEF-Portugal, die die Gruppe die ganze Woche tatkräftig unterstützten. Mit deutschem Schnitzel und portugiesischen Wein wurde es ein sehr angenehmer und langer Abend mit viel Austausch über die Arbeit der JEF in Deutschland und Portugal. **JEF**

Text: Sarah Voigt



Tetyana und Sarah beim Kochen am letzten Abend

Der treffpunkt.europa ist ...

Der treffpunkt.europa ist das vierteljährlich herausgegebene Magazin der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland. Es erreicht sämtliche Mitglieder der JEF-Deutschland, ihr nahe stehende Personen aus Politik und Gesellschaft und befreundete Organisationen.

Die JEF sind ...

Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland e.V. sind die deutsche Sektion einer europaweiten Jugendbewegung, die sich seit 1949 für ein friedliches, bürgernahes und föderales Europa mit einer demokratischen Grundordnung und in Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen einsetzt. Um dies zu erreichen, organisieren die Mitglieder der JEF ehrenamtlich Seminare, internationale Jugendbegegnungen, Straßenaktionen, Podiumsdiskussionen und Kongresse. Weitere JEF-Verbände gibt es in 27 europäischen Ländern. In Deutschland bestehen die JEF aus 15 Landesverbänden mit rund 3000 Mitgliedern zwischen 14 und 35 Jahren.

